

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Neisse bei Ph. Matthias.

Annoncen
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, Minden,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Adolph Moße.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Mr. 14.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 6. Januar.

1882.

Politische Uebersicht.

Posen, 6. Januar.

Nach dem Vorgange und in demselben Sinne wie neulich die „Kieler Ztg.“, tritt in ihrer gestrigen Frühnummer auch die „Pos. Ztg.“ der Auffassung entgegen, daß die Liberalen, und insbesondere die Fortschrittspartei den Antrag Windhorst unterstützen und ihm zur Mehrheit verhelfen müssen. Nach einer eingehenden Erörterung der Geschichte des Gesetzes schreibt die „Pos. Ztg.“:

Man hat gefragt, das „Volk“ werde eine Ablehnung des Antrags Windhorst nicht verstehen. Wir behaupten das gerade Gegenteil. Das Volk würde in der Annahme des Antrags eine plötzliche Umkehr, eine rückweise Wandlung nach Bismarck'scher Art erblicken. Die Durchsetzung des Antrags Windhorst unter Beihilfe der Liberalen würde dem Zentrum einen Triumph bereiten, der laut an das Ohr dieses Volkes schlagen würde. Es würde verwundert fragen: „Sind das die nämlichen Liberalen, ist es die nämliche Fortschrittspartei, die uns laut verkündet haben, daß sie, möge die Staatsregierung Wege wandeln, welche sie wolle, niemals ein einseitiges, unvergoltes, den Frieden nicht sicher stellendes Zurückweichen des Staates vor den Ansprüchen der Kurie und des Zentrums auf ihre Verantwortlichkeit nehmen würden?“

Die Sprache der „Pos. Ztg.“ wird vielleicht die durch Richter's Agitation bereits freudig erregte „Prov.-Korresp.“ bezüglich der Uneinigkeit im liberalen Lager wieder einigermaßen beruhigen.

Die „Germania“ ist mit dem gestern kurz erwähnten Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“ über das Herannahen besserer Zeiten für die katholische Kirche, durchaus nicht einverstanden. Das ultramontane Blatt fragt, warum das Regierungsorgan nicht auch den klagenden Aufrüttungen des Bischofs Georg von Fulda (über die zahlreichen Lücken in der Seelsorge u. s. w.) seine Aufmerksamkeit widme, anstatt nur die Hoffnungen des Bischofs zu berücksichtigen:

Warum kann die „Provinzial-Korrespondenz“ nicht, ebenso gut wie die katholische Presse, die Lage der Dinge nach ihrem doppelten Charakter schildern und erörtern, nach ihrer traurigen wie nach ihrer fröhlichen Seite? Kann denn die offiziöse Presse nicht einmal in den kirchlichen und katholischen Momenten, die in den inneren Verhältnissen unseres Vaterlandes obnein selten sind, wahr sein, muß sie auch dann den Fuchs unterliegen, immer und überall politisches Kapital zu suchen und zu verwerthen, allenfalls der augenblicklichen Tagesdistanz zu dienen? Das aber thut die „Provinzial-Korresp.“ auch hier wieder mit allen Kräften, sogar auf Kosten der Wahrheit! Es gehört bekanntlich zu den zahlreichen rechtlichen und logischen Anomalien, mit welchen uns die kirchenpolitischen Gesetze beschäftigt haben, daß über den Eid der Bistumsweser durch Gesetz, über den Eid der Bischöfe durch königliche Verordnung bestimmt ist. Jener Eid wurde durch das Gesetz vom 20. Mai 1874 eingeführt und durch das Juligesetz von 1880 wurde gestattet, von dem Eide zu dispensieren. Von dem Bischofeseide dagegen sind die neuen Bischöfe von Trier und Fulda durch den König dispensirt worden, daß Juligesetz hat mit der Errichtung dieser Bischofserhebungen nichts zu thun. Auch die Aufhebung des Sperrgesetzes mußte aus Grund des Gesetzes von 1875 erfolgen, sobald wieder eine ordentliche Diözesanverwaltung vorhanden war. Das Juligesetz hat also mit dem, was in Fulda geschehen, nicht das Mindeste zu schaffen. Warum muß die „Prov.-Korresp.“ es dennoch in ihren Artikel hineinziehen, wie kann sie die Behauptung wagen, daß ohne das Juligesetz die Verständigung über die Bischofserhebung in Fulda „unwirksam“ gewesen wäre? Der Grund ist klar, die Absicht leicht zu durchschauen. Es soll einmal wieder die Fürsorge der preußischen Regierung für ihre katholische Bevölkerung in helles Licht gesetzt werden auf Kosten des Zentrums, also auf Kosten der Vertreter, welche das katholische Volk sich selbst gewählt hat. Und dadurch soll, je nach dem, entweder auf diese Vertreter ein Druck geübt werden, den Wegen der Regierung näher zu treten, als sie es ihren Grundsätzen nach können, oder es soll das katholische Volk an diesen Vertretern irre gemacht werden. Deshalb die Vereinziehung des Juligesetzes in diese Frage, mit der es nichts zu schaffen hat, deshalb in dem Artikel der „Prov.-Korresp.“ der Hinweis auf den Widerspruch des Zentrums gegen einen Theil des Juligesetzes! Wir müssen offen gestehen, daß wir ein solches offiziöses Gebaren absolut nicht mehr begreifen.“

Die Sprache dieses Artikels zeigt wohl deutlich genug, daß der Redaktionsschweif in der „Germania“ nicht unter allen Umständen als eine Annäherung an die Regierung zu betrachten ist.

Die Bereitstellung außerordentlicher Mittel für produktive Staatszwecke, auf deren Notwendigkeit in den früheren Landtagen nach den daselbst vorgelegten Denkschriften vielfach hingewiesen worden ist, wird, wie das „Deutsche Tgl.“ hört, auch den demnächst zusammenentrenden Landtag zu beschäftigen haben. Die Staatsregierung ist nämlich gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs beschäftigt, nach welchem sie sowohl für die allgemeine Bauverwaltung zur Regulierung größerer und kleinerer Ströme, zu Kanalbauten, so wie zu Bauanlagen z. B. der landwirtschaftlichen, Gewässer-, Domänen- und Forstverwaltung auf mehrere Jahre hinaus etwa 60 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Für das bevorstehende Etatjahr werden dem Bernehmung nach zum großen Theil die Überflüsse des abgelaufenen Jahres Verwendung finden, während für die nachfolgende Zeit die Jahresbeträge jedesmal durch besonderes Gesetz flüssig gemacht werden sollen.

Das Handelsministerium scheint mit der an die Handels-

vorsände gerichteten Umfrage, ob es zweckmäßig sei, ein Gesetz zu erlassen, durch welches verboten wird, daß inländischen Waren durch Inschrift oder Verpackung oder auf andere Weise der Anschein gegeben werde, als seien sie ausländisches Fabrikat, kein rechtes Glück zu haben. Neben Magdeburg und Köln hat sich auch die Handelskammer zu Düsseldorf entschieden gegen ein solches gesetzliches Verbot ausgesprochen, weil dasselbe in seiner Allgemeinheit zu weit gehe und eine große Schädigung der vaterländischen Industrie im Gefolge haben würde. Die inländischen Fabrikanten und Exporteure müssen sich bei der Einführung der Waaren genau nach den Vorschriften der ausländischen Besteller richten, weshalb ein solches Gesetz praktisch nicht durchzuführen sei.

Die Hauptorgane Gambetta, „République“ und „Voltaire“, beschäftigen sich angelegerlich mit der römischen Frage, soweit sie Frankreich angeht. Erfürchtig ist die Sprache dieser Blätter in betreff des Papstes nun just nicht, aber so viel erhebt, daß die Regierung der dritten Republik einen ehrlichen Versuch mit dem Konkordat machen will, aber mit dem ganzen, vollen Konkordat, und zwar mit aller Konsequenz und Strenge. Der „Voltaire“ hat aber noch ein Verlangen, er schreibt:

Was dem Konkordat bis jetzt fehlte, das ist die Sanktion, die Ausübung seiner Verfügungen. § 6 der Organischen Artikel der Konvention vom 26. Februar des Jahres IX. bestimmt keine anderen Strafen für alle Mißbräuche, welche von kirchlichen oder geistlichen Personen begangen werden können, als den Refurs an den Staatsrath. Dieser Appel comme d'abus bietet nur eine kraftlose Waffe, welche dem Konkordatstaat gar nichts nützt. So lange das Konkordat nicht durch Zusatzartikel ergänzt worden ist, so lange Priester und Bischöfe ungestrafft die gesetzlichen Vorschriften verletzen können, kann die Kirche die ministeriellen Rundschreiben unbeachtet lassen.“

Die Verhandlungen über diese Zusatzbestimmungen werden nicht von Deppre, sondern von einem außerordentlichen Bevollmächtigten zunächst offiziös geführt werden; ob Ollivier wirklich diese Rolle erhalten hat, ist noch unklar. Wie es heißt, hat Gambetta der Kurie andeuten lassen, daß ohne die strenge Handhabung des Konkordats das Budget für die Geistlichkeit nicht zu retten sei; mache der Episkopat Schwierigkeiten, so habe der Papst sich die Folgen zuzuschreiben.

Die unluge Vertheidigung der Ernennung des J. J. Weiß in der „République française“ hat Gambetta unsäglich geschadet. „Siècle“, „Télégraphe“, „XIX. Siècle“, „France“, „Justice“ u. s. w. sprechen ihren Unwillen aus und unter den Mitarbeitern an den Gambettistischen Blättern herrscht gleichfalls Erbitterung: diese Leute hatten ihr politisches Spiel auf die eine Karte Gambetta gesetzt, aber was geschah? Blos Spuller erhielt eine Unterstaatssekretärstelle und Reinaudi wurde Privatsekretär Gambettas; dann aber folgte die Enttäuschung: Miribel-Chaudron-Weiß! „Zimmer besser!“ ruft man seitdem. „Gambetta behandelt seine Lobredner als reine Nullen und verleiht die Beute an die Überläufer.“ Die Monarchisten aber verspotten jetzt die Republikaner, die an Gambettas Stern geglaubt hätten, als arme Tröpfse, und Reinaudi ruft ihnen zu: „Der, den ihr zu einem Gott erhobet, dem ihr Catos Weisheit und Mirabeaus Beredtsamkeit nachrühmet — nun, dieser war ganz einfach ein Verrückter und ist diesen Morgen ins Asyl Saint-Anne gebracht worden.“ Und selbst das „Journal des Débats“ seufzt: „Die Lage ist keineswegs beunruhigend und zerrissen, aber einigermaßen verblüffend und niederdrückend für jeden, der ohne Voreingenommenheit urtheilt.“ Die „Débats“ meinen, das steigende Missbehagen hänge mit der Revisionsfrage zusammen, deren Zeitigkeit sehr streitig sei; auch die Zusammenziehung des Kabinetts habe etwas überrascht und es sei außer Frage, daß man anderes erwartet. Die „Débats“ erheben sogar schon die Frage:

„Ist dieses von einer zahlreichen Mehrheit so eifrig unterstützte Kabinett seiner selbst gewiss und seiner Zukunft sicher? Es wäre verlogen, dies zu behaupten, und wir sind nicht sicher, daß Herr Gambetta jetzt schon den Fall im Auge hat, wo er das Bedürfnis fühlt, sich auf eine feste Mehrheit zu stützen.“

Man spricht nicht blos von Werbern, die Gambetta ins Lager der Orleanisten und Imperialisten geschickt habe, man spricht bereits von Schritten, die offenbar nicht geschehen oder, wenn sie es sein sollten, so unvorsichtig wie thöricht wären. Die Miribel, Weiß und Chaudron sind leichter zu gewinnen als Männer, deren Zukunft eben im Festhalten an politischer Folgerichtigkeit besteht.

Das „Journal des Débats“ enthält folgende Mitteilungen über das Budget von 1883:

Das Kabinett ist in diesem Augenblick damit beschäftigt, das Budget für 1883 vorzubereiten. Man versichert, daß der Finanzminister sich in einer nicht geringen Verlegenheit befindet. Die seit der Bewilligung des Budgets von 1882 beschloßnen neuen Jahresausgaben belaufen sich allein auf 55 Millionen: 10 Millionen für die Pensionszulagen der Soldaten und Seeleute, 6 Millionen für die den Opfern vom 2. Dezember zu leistende Entschädigung, 8 Millionen für die Hebung der Handelsmarine, 18 Millionen für die Übertragung der außerordentlichen Kosten für Wiederherstellung des Schiffsmaterials auf das or-

Inserate 20 Pf. die sechzehnpfennige Petitzelle über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

dentliche Budget, 13 Millionen für verschiedene andere Gesetze. Hier kommen noch die neuen Kreditforderungen der Minister für ihre Departements. Im Budget von 1883 scheint die Annahme der Ausgaben beträchtliche Proportionen erreichen zu sollen und, wie man hört, wird der Unterrichtsminister allein nicht weniger als 20 Millionen verlangen, von denen 10 für die Aufbesserung der Schullehrer-Besoldungen bestimmt sind. Nimmt man an, daß die neuen Fordrungen nahezu 100 Millionen betragen werden, und rechnet man noch die 55 Millionen hinzu, welche die Kammer nicht mehr wird verweigern können, so ergibt sich ein Minimum von 150 Millionen. Schon seit längerer Zeit herrsche die Neigung, sich des Auswegs der Nachtragskredite zu bedienen; aber vielleicht war dieser Missbrauch niemals so allgemein verbreitet gewesen, wie im abgelaufenen Jahre, das die Zahl der Nachtragskredite auf eine unerhörte Höhe stieg. Sie beträgt nicht weniger als 140 Millionen, die Kosten der tunesischen Expedition nicht mit eingerechnet, und bezieht sich größtentheils auf Ausgaben, die im ordentlichen Budget hätten figurieren sollen, da sie im Augenblick der Budgetberatung leicht vorhersehen waren. Unter solchen Umständen ist es ein Glück, daß die Einnahmen die Voranschläge um 200 Millionen übersteigen mit denen das Geschäftsjahr im besten Falle ohne Defizit wird abgeschlossen werden können.

Über die Aussichten der am 31. Dezember in Paris wieder aufgenommenen Verhandlungen wegen des englisch-französischen Handelsvertrages spricht sich der pariser „Times“-Korrespondent sehr reservirt aus, doch schildert er dieselben als in leichter Besserung begriffen. Der neue Handelsminister hatte zahlreiche Muster von wohlen und baumwollenen Stoffen der Kommission vorgelegt; dieselben wurden darauf geprüft, ob sie in Zollklassen eingeteilt werden können, ohne den gegenwärtigen Wertzoll zu überschreiten. Man begann mit den einfachsten Verhältnissen und stellte eine Anzahl Kategorien fest. Für die schwierigeren Klassen wurde eine Subkommission eingesetzt. Es bedarf noch bedeutender Nachgaben auf beiden Seiten, aber die Verantwortlichkeit für einen Zusammenbruch der Verhandlungen wird jedenfalls festgestellt sein.

Das „Diritto“ wird nicht müde, für den engeren Anschluß Italiens an Deutschland und Österreich zu streiten, um Diejenigen zu tadeln, welche zu Frankreich hinneigen. Es erinnert wiederum an die tunesische Expedition, an die Vorfälle in Marseille, an die Zurücksendung Roustan's nach Tunis, an die Almosen, die das Pariser Kabinett den von französischen Soldaten in Sfax geplünderten Italienern, statt der ihnen gebührenden vollen Entschädigung verabreichen wollte. Es erinnert ferner an das Bestreben Frankreich's, Italien jeden Einflusses in Egypten zu berauben und meint, Diejenigen, welche trotzdem noch immer die „Gnade“ Frankreich's wollten, habe das öffentliche Bewußtsein des Landes schon verirrt. Über die Papstfrage bringt das Organ Mancini's neuerdings einen Artikel, worin ausgeführt wird:

Ein europäischer Vertrag würde dem Papste eine bequemere Lage verschaffen, als die, welche er für unerträglich erklärt; er werde also auf irgendwelche weltliche Macht dringen und derer wisse, daß Italien und Europa ihm solche nicht gewähren will, so dene er daran, das Beispiel seiner Vorgänger zu befolgen und unterhandeln noch immer über einen Ort, wohin er ins Exil gehen und von wo er Italien den Krieg erklären könnte. Er sage: „Ich gebe fort von Italien, man wird mich aber, denn ich will es so, dahin zurückführen!“ Es sei wahrscheinlich, daß ihm eine fremde Macht Gastfreundschaft anbietet und der Zukunft das Weiteren überlassen werde. Es würde höchst sein, den Papst zu überreden, in Rom zu bleiben, wenn er gehen will. Dann aber müsse man bereit sein, über einige Punkte zu unterhandeln, namentlich über die Apalage, die man ihm ausgesetzt habe. In solchem Fall müsse man sich auch mit der Macht, die ihm Gastfreundschaft anbietet, ins Einvernehmen setzen über seine Abreise, seine Sicherheit und über die Ehren, die ihm in Rom, in Civitavecchia oder sonst auf italienischem Gebiete zu erweisen seien. Italien könne dieser fremden Macht gegenüber dem heiligen Papste den Unterhalt und den Besitz des Vatikans garantiren, nicht aber einem folgenden, außerhalb Italiens lebenden Papste. Es könne niemals darein willigen, im eigenen Hause, im Herzen des Reichs, in der Hauptstadt, eine dem Fremden zur Disposition stehende Festung zu haben. Endlich müsse Italien auch in seinem Namen, im Namen der italienischen Kirche, im Namen des italienischen Klerus, gegen des fünfzigsten Papstes, falls derselbe außerhalb Italiens gewählt würde und ein Fremder sein sollte, seine Vorbehalte machen. Ein Austausch der Ideen über die Punkte würde also nicht verweigert werden können, wenn der heilige Papst Rom verlassen wolle.“

Über die „römische Frage“ läßt sich auch eine französisch-offiziöse Stimme in der Wiener „Pol. Kor.“ wie folgt vernehmen:

Die neu aufgetauchte römische Frage beunruhigt die französischen Regierungskreise in keinerlei Richtung, da dieselben die Überzeugung haben, daß die Angelegenheit über einfache diplomatische Pourparlers hinaus nicht gedeihen werde. Selbst in jenen Sphären, in denen man eine den Interessen des Papstthums günstige politische Aktion gern sehen würde, erwartet man, daß der deutsche Reichskanzler nur nach groben und praktischen Gesichtspunkten vorgehen werde, und nicht in jenem kleinlichen Sinne, der ihm von mancher Seite imputiert wird. Es ist allerdings wahr, daß zur Stunde viel deutsche Staatsmänner im Vatikan aus und eingehen, allein hieraus läßt sich nur soweit folgern, daß eine spezielle Verständigung zwischen der Kurie und Deutschland zu Stande kommen dürfte. Darauf dürfte sich auch das ganze Resultat beschränken.

Das Aufwerfen einer römischen Frage behandelt gerade die katholischen Mächte mit einer ausgesprochenen Ungunst;

aus Wien und Paris liegen die Zeugnisse vor. So „katholisch“ die Mächte sein mögen, so ist doch keine, welche die Stellung der römischen Kurie auf Kosten der Staatsgewalt erhöht sehen möchte; eine Stärkung des Papstthums in seiner inneren oder äußeren Lage wird von jenen Mächten in keiner Weise für nötig erachtet; um so weniger hat es den Anschein, als wolle eine katholische Macht in dieser Richtung vorgehen zur Unterstützung der inneren Politik des Reichskanzlers oder zur Beilegung des deutschen Kulturmampfes. Da ein solches Resultat leicht vorauszusehen war, so kann man nicht annehmen, daß es gerade dem Fürsten Bismarck entgangen wäre. Wozu dann aber der aufgewirbelte Staub?

Der seit dem Krimkriege in Brüssel in französischer Sprache bisher täglich erscheinende „Nord“, der die Ansichten und Zwecke der russischen Regierung offiziös zu vertreten hatte, ist seit Jahren so bedeutungslos geworden, daß er der Abzehrung versunken zu sein schien. Und in der That ist er jetzt so weit herabgekommen, daß er sein kümmerliches Dasein nur noch als Wochenblatt fristen kann. Von nun an erscheint er wöchentlich nur einmal, weil, wie er selbst versichert, „durch die Übereinstimmung Russlands, Deutschlands, Österreichs und Italiens der Friede in Europa auf lange Zeit so gesichert sei, daß eine tägliche Ausgabe der Zeitung nicht mehr nötig erscheine.“

Die politischen Parteien in Portugal bereiten sich gegenwärtig schon für die parlamentarischen Kämpfe vor, welche in der am 2. Januar eröffneten Kammersession ausgeschlagen werden sollen. Die progreßistische Partei hat am 2. v. M. eine sehr zahlreich besuchte Versammlung abgehalten, in welcher die hervorragendsten Parteimitglieder bestige Reden hielten und die Versicherung abgaben, daß die Partei, wenn sie wieder ans Ruder kommen sollte, die in ihrem Programm verheilten politischen Reformen ihrer ganzen Ausdehnung nach zur Ausführung bringen werde. Die aus dem Schoße der Regenerationspartei hervorgegangene gegenwärtige Regierung wird in der nächsten Session schwere Kämpfe zu bestehen haben, da sie den Hoffnungen, die sie bei ihrem Antritte erregte, bis zur Stunde schlechterdings nicht entsprochen und die Verbesserungen, die sie machte, nicht erfüllt hat. Die Hauptschwierigkeit, welche das Kabinett zunächst zu überwinden hat, ist die bedenkliche finanzielle Lage Portugals. Während die beiden Länder, auf welche die Portugiesen bei Prüfung ihrer eigenen Zustände vergleichend zu blicken gewohnt sind, Spanien und Brasilien, sich in der letzten Zeit in ökonomischer Beziehung sichtlich geboten haben, verschlimmern sich die Finanzen Portugals seit dem Amtsantritt des gegenwärtigen Kabinetts in besorgniserregender Weise. Die schwedende Schulden, die zur Zeit, als das progreßistische Kabinett gestürzt wurde, dem Schwinden nahe war, erreicht gegenwärtig die Höhe von 15 Millionen Tl. Die ersten Vorlagen, welche den Kortes bei ihrem Zusammentritt zu geben werden, sind der fürzlich in Paris abgeschlossene portugiesisch-französische Handelsvertrag und der Lorenzo Marques-Vertrag, welcher durch die Neuordnung der Dinge im Transvaal hinfällig geworden ist.

Die Nachrichten über die Cholera aus El Arif, wo die Melkapilger in Quarantaine gehalten werden, geben, obwohl sie nicht ganz zufriedenstellend lauten, zu Verunsicherungen keinen Anlaß. Der letzte offizielle Bericht vom 25. v. M. verzeichnet vier Todesfälle, einen durchschnittlich an jedem Tage, ein Resultat, das mit Rücksicht auf die bedeutenden dort angekommenden Menschenmassen, den Schmuck und den relativen Mangel an sanitären Vorkehrungen durchaus nicht als gefährdrohend aufgefaßt werden kann.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 5. Januar. [Der Antrag Windhorst mit Amerika. Hausir-Gewerbe.] Wenn der vortreffliche Artikel, welchen die „Vossische Zeitung“ heute gegen den Antrag Windhorst bringt, nicht aus der Feder des Abg. Hänel ist, so hat sein Autor eine außerordentliche Geschicklichkeit in der Nachahmung der Rede- und Schreibweise dieses Politikers. Wichtiger indeß, als die Frage nach dem Verfasser, ist die Thatsache, daß die „Voss. Ztg.“, der die Herren Richter und Genossen die Zugehörigkeit zur Fortschrittpartei wohl nicht werden bestreiten können, durch die Veröffentlichung des Artikels gegen das Bestreben austritt, die gesammte Fortschrittpartei bei der Abstimmung über den Antrag Windhorst in die Gefolgschaft des Zentrums einzurufen. Trotz der zur Schau getragenen Zuversicht der fortgeschrittenen Befürworter des Antrags ist es denn auch nach Allem, was man hört, keineswegs gewiß, daß auch nur die Mehrheit dieser Fraktion dafür votiren wird, und noch weniger ist daher die — allerdings auch nicht ausgeklossene — Annahme des Antrags gesichert. Auf das äußerliche Resultat der Verhandlung kommt aber auch sehr wenig an, sobald nur die Liberalen eine gemeinsame Stellung dazu eingenommen haben. Daß diese nur in der Ablehnung, nicht in der Annahme des Antrages zu finden ist, darüber braucht kein Wort mehr verloren zu werden, da die National-Liberalen, ein Theil der liberalen Vereinigung und der Fortschrittpartei dagegen sind; wohl aber braucht es auch Gegnern des Internierungsgesetzes keine Überwindung zu kosten, den Antrag zu verwerten, weil er, wie er gestellt ist, gar nicht sachliche, sondern nur taktische Zwecke des Zentrums verfolgt. Auf dieser Erwagung beruht die Hoffnung, daß — vielleicht mit Ausnahme einer kleinen Anzahl Dissidenten — zuletzt doch die drei liberalen Gruppen sich, etwa um eine motivierte Tagesordnung, vereinigen werden. Dieselbe könnte entweder die Ablehnung aussprechen, weil der Abschluß des kirchenpolitischen Kampfes, als einer wesentlich preußischen Angelegenheit, in das Abgeordnetenhaus nicht in den Reichstag gehört, in welchem erst nach diesem Abschluß die Konsequenzen für die Reichsgesetzgebung zu ziehen sind, oder sie könnte darauf hinweisen, wie wenig dringlich die Aufhebung gerade des seit Jahren nicht angewandten Internierungsgesetzes zur Zeit, und wie räthlich es daher ist, zunächst die weitere Entwicklung der im Werke befindlichen Ausgleichs-Aktion abzuwarten. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum auch der entschiedenste liberale Gegner jenes Gesetzes sich gegenwärtig mit einem solchen oder ähnlichen Auspruch nicht begnügen könnte, vorausgesetzt,

dass es sich für ihn nur um die Stellungnahme zu dem Antrag Windhorst, nicht um andere Dinge handelt. — Die Nachricht, daß der preußisch-amerikanische Naturalisationsvertrag auf ganz Deutschland, einschließlich Elsaß-Lothringens, ausgedehnt worden, hat insofern noch eine spezielle Bedeutung, als dadurch konstatirt wird, daß seitens der deutschen Regierung auf gewisse, gelegentlich von militärischer Seite geforderte Änderungen des bestehenden Vertrags verzichtet werden ist. Sie bezogen sich auf die Möglichkeit, daß Personen, welche behufs Vermeidung der Militärschuld ausgewandert sind, später sich wieder dauernd in Deutschland aufzuhalten können, woraus zuweilen Konflikte entstanden sind. Da die Bedeutung des schlechten Beispiels, das solche Personen in Deutschland geben können, im Vergleich mit den anderen, heut zu Tage wirkenden Antrieben zur Auswanderung jedenfalls sehr gering ist, so ist der Verzicht auf eine entsprechende Abänderung nur verständig. Andererseits hat aber offenbar auch die Union auf das früher zuweilen von amerikanischen Chauvinisten gestellte Verlangen Verzicht geleistet, daß jedes amerikanische Bürgerrecht, auch wenn es unter strafbarer Umgehung der Militärschuld erworben worden, in Deutschland respektirt werden sollte. — Die offiziöse Meldung, daß die Vorarbeiten für eine Beschränkung des Hausr. gewerbes sich verzögern, ist äußerst glaublich nach dem, was vorher über die in dieser Beziehung bestehenden Ansichten verlautet hatte: die Prüfung der „Bedeutungsfrage“ und der „Zuverlässigkeit“ gesetzgeberisch so zu formulieren, daß man einen solchen Vorschlag machen könnte, ohne der Verwerfung desselben sicher zu sein, ist keine leichte Aufgabe.

Vocales und Provinzelles.

Posen, 6. Januar.

— [Der Windhorst'sche Antrag und die Erzbischöfliche Gnaden-Posen.] Der „Kuryer Pozn.“ richtete in seiner vorgestrittenen Nummer an die vom Kirchenpolitischen Ausweisungsgesetz betroffenen Geistlichen der Erzbischöfliche Gnaden-Posen das Ersuchen, an seine Redaktion schleunigst genaue Mittheilungen darüber einzufinden, wann, auf wie lange, wegen welcher geistlicher Handlungen, in welchem Regierungsbezirk und ob vor oder nach dem gerichtlichen Erkenntniß das Ausweisungsgesetz gegen sie in Anwendung gebracht worden ist. Zugleich werden die Beteiligten gebeten anzugeben, ob sie neben der Verbannung auch steckbrieflich verfolgt worden sind und ob die Verbannung noch jetzt fortduert. Dem gen. Blatte sind bis jetzt folgende Mittheilungen, welche bei den Debatten des Windhorst'schen Antrages, betreffend die Aufhebung des Banngezes, verwerthet werden sollen, zugegangen: Von dem Ausweisungsgesetz wurden 31 Geistliche betroffen, wovon die meisten aus der Provinz, aus einem Regierungsbezirk, aus zwei oder drei Kreisen verbannt wurden. Unter den von jenem Gesetz Betroffenen befinden sich 1 Defan, 4 Präpste und 1 Präbendar, von denen wiederum drei aus der Provinz, einer aus dem Regierungsbezirk, einer aus drei Kreisen und einer zweimal aus seiner Parochie ausgewiesen wurde. Neben die übrigen 26 Ausgewiesenen, zum größten Theil Neopresbyter, wird nichts weiter berichtet. In welcher Weise diesen Ausgewiesenen vom „Kur.“ die Märtyrerkrone aufgesetzt wird, mögen folgende Worte des ultramontanen Blattes beweisen: „Keine Diözese hat so viele vom Banne Betroffene aufzuweisen, wie unsere. Unsere Priester wurden in Festungen interniert, auf einsame Inseln übergeführt, gefangen genommen und über die Grenzen des Vaterlandes getrieben.“ — Weiter heißt es: „Die Geschichte wird einst im wahren Lichte dieses Märtyrerthums aufdecken, von welchem wir Zeugen im achten Jahrzehnt des neuzeitlichen Jahrhunderts sind. Auch unsere Abgeordneten werden es nicht unterlassen, diese „segnenbringenden Früchte“ der Maigesetze vor den Augen des Parlaments im wahren Lichte darzustellen.“ — Auch wir hoffen, daß die Geschichte einst späteren Geschlechtern ein ungeschminktes Bild von jenen „Märtyrern“ entwerfen wird, die als Slaven des Vatikans sich rebellisch gegen die Gesetze ihres Landes auflehnten und dafür sehr milde gemaßregelt wurden. Wie ganz anders würde der Papst mit allen ihm „Ungehorsamen“ verfahren, wenn er nur die Macht dazu hätte! Der „Kuryer“ freilich ist für die dem Gesetze Befallenen so begeistert, daß er sie am liebsten gleich kanonisiert sehen möchte.

V. Der Verwaltungsrath des Pestalozzi-Vereins für die Provinz Posen hat soeben seinen Bericht über das 18. Vereinsjahr herausgegeben. Derselbe weist eine Mitgliederzahl von 1057 gegen 1223 des Vorjahrs auf. Die Einnahmen sind dessen ungeachtet von 1146,78 M. auf 1974,43 M. gestiegen. Die 40 Zweigvereine haben an Unterstützungen und Verwaltungskosten 633,52 M. verausgabt also fast $\frac{1}{3}$ der Gesamtneinnahme des Vereins. In die Kasse des Verwaltungsrathes ist die Summe von 1298,91 M. gestossen. Davon haben 34 Personen, darunter 31 Wittwen, 1 Lehrer Tochter und 2 Lehrerjähne Unterstützungen erhalten. Ferner haben die Zweigvereine Schneidemühl, Lissa, Gnesen, Unterstützungen gewährt. Der Zweigverein zu Posen ist der größte von allen und verfügt über die bedeutendsten Mittel; fast $\frac{1}{3}$ der unterstützten Personen verdanken demselben die ihnen gewährte Hilfe. Der mit dem Schieferstahl-Fabrikanten Th. Lebmann & Comp. zu Pretzlin geschlossene Vertrag, wonach der Verwaltungsrath für den Betrieb der patentirten Schieferstahlthätigkeit ist, dafür vom Fabrikanten 10 Proz. des Erlöses zu Gunsten der Vereinskasse erhält, hat recht günstige Resultate erzielt. Im Ganzen sind 440 Dutzend im ungefähr Wert von 2000 M. verkauft worden. Nach Abrechnung der Unkosten und der Außenstände erhält davon der Verein 183,61 M. Aus dem mit dem Nähmaschinen-Fabrikanten Zöllner abgeschlossenen Vertrage ist dem Verein die Cinnahme von 25,17 Mark zugestossen. Von der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Viktoria“ hat er eine Provision von 6,88 M. erhalten. Der Erlös für gesammelte Zigarrenspitzen des Lehrers Kremm in Samter ergab 5,25 M. Die neue Auflage von „Rousseau und Pestalozzi“ brachte 40 M. ein, ein Konzert in Posen 11,40 M. Die außerordentlichen Einnahmen betragen zusammen 235,19 M. Die 40 Zweigvereine sind vertreten durch die Orte Argaua, Bojanowo, Bromberg, Brostowo, Czarnikau, Debenne, Dreusen, Fraustadt, Jordon, Gnesen I., II., Gr. Gąolin, Kolmar, Koszalin-Krotoschin, Koszyno, Kęlla, Kreuz, Lissa, Margonin, Meseritz, Moschin, Motschen, Ostrowo, Posen, Ratibor, Rawitsch, Reichen, Samotschin, Samter, Schmiegel, Schneidemühl, Schwersenz, Strelno, Tirschtiegel, Wronke, Witkowo, Wohlstein, Zbuny, Zin.

Aus dem Gerichtsaal.

△ Schneidemühl, 4. Januar. [Großer Unfall.] Die Freiheit der Landstreicher, sich dadurch im Winter ein Unterkommen zu verschaffen, daß sie fremdes Eigentum mutwillig beschädigen, damit sie dieserhalb gefangen werden, scheint auch bei uns Eingang zu finden. Der heimatlose Schuhmacher A. Strahlte wollte am 19. v. M. durch den Armenarzt ins städtische Krankenhaus aufgenommen werden. Als ihm dies verweigert wurde, schlug er mit seinem Stock eine Scheibe im Hause des betreffenden Arztes ein. Das Schöffengericht verurteilte ihn dafür heute zu 4 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte schien damit ganz zufrieden zu sein.

Staats- und Volkswirthschaft.

△ Neutomischel, 4. Januar. [Hopfen.] Die Geschäftslage welche sich seit den Weihnachtsfeiertagen am hiesigen Platze im Hopfenhandel bemerklich macht, hält noch immer an. Von den bairischen Händlern wurden im Laufe der Feiertagswoche nur geringe Quantitäten des Produktes bei den Produzenten in den umliegenden Landgemeinden übernommen und auch die heimischen Geschäftleute machen während dieser Zeit nur wenige Einkäufe. Der Umsatz war darum in letzter Zeit nur von geringer Bedeutung, derselbe dürfte nicht mehr als 80—90 Tzenter betragen. Die Preise erhielten sich auf der bisherigen Höhe, denn man bezahlte für Hopfen bester Qualität 125—140 M., für Ware mittlerer Güte 90—120 M. und für Hopfen geringerer Qualität 65—85 M. pro Tzenter.

** Wien, 3. Januar. Ausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 31. Dezember.*

Notenlauf	354,207,560	Zun.	15,220,660	M.
Metallschäf	190,856,360	Zun.	191,772	"
In Metall zählb. Wechsel	10,522,777	Zun.	16,649	"
Staatsnoten, die der Bank gehören	1,865,170	Zun.	27,263	"
Wechsel	156,544,945	Zun.	15,340,784	"
Lombard	21,991,500	Zun.	3,515,900	"
Pfandbriefe	5,805,197	Zun.	191,228	"

*) Abs. und Zunahme gegen den Stand vom 23. Dezbr.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Ein Menschenalter Theater-Erinnerungen (1845—1880). Von Max Kurnik. Berlin, bei Otto Janke. Im vorigen Herbst wurde in Breslau, wie wir unseren Lesern damals mitteilten, Dr. Max Kurnik zu Grabe getragen. Sein Name ist in der journalistischen, literarischen und künstlerischen Welt weit über die Grenzen Schlesiens hinaus bekannt, denn während der nahezu vier Jahrzehnte, welche ihn in Breslau auf dem Gebiete der seulis-touristischen Journalistik thätig waren, ist er mit allen bedeutenderen Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Literatur und der Bühnenkunst in nähere, freundschaftliche Beziehungen getreten. Max Kurnik war nach dieser Seite hin eine personifizierte, interessante Chronik; unerschöpflich war die Fülle des ihm zu Gebote stehenden Erzählstoffes, und da er ein Meister im Vortrage von Anecdotes war, so konnte man sich nichts Unregelmäßiges denken, als eine gemütliche Stunde, in welcher die Laune des Erzählens bei ihm eingesogen. — Nahezu 40 Jahre hat er in den breslauer Theatern als Regisseur gearbeitet, stets rücksichtsvoll und milde im Urtheil, aber mit geübtem, sicherem Stile seines Amtes waltend. — Unmittelbar nach seinem Tode ist nun das oben erwähnte Buch erschienen, das, aus der Feder eines mit der Bühne so innig vertrauten Schriftstellers geflossen, von vornherein das Interesse erregen muß. Wir schließen uns im Folgenden der sehr zutreffenden Würdigung an, welche das Buch Kurnik's in der „Bresl. Ztg.“ gefunden. Der Werth seiner „Erinnerungen“, schreibt das genannte Blatt, besteht gerade darin, daß sie lediglich auf persönliche Erlebnisse und Erfahrungen zurückgehen. Wenn auch das vorliegende Buch von dem Verfasser mit Recht als ein Beitrag zur allgemeinen Geschichte des deutschen Theaterlebens betrachtet wird, so ist es doch in der Hauptfache die Darstellung aller bemerkenswerthen Ereignisse des Theaterlebens in der schönen Hauptstadt. Das Stadttheater Breslaus bildet den Ausgangspunkt für Kurnik's Aufzeichnungen.

Da nun wohl Niemand mit den Verhältnissen unseres wechselvollen Theaterlebens vertrauter war als Kurnik, da Niemand intimere Beziehungen zu den schauspielerischen Größen hatte, die unsere Stadt besuchten, da ferner die Aufzeichnungen Kurnik's jene wohlthuende Freude bestehen, die persönlichen Erinnerungen immer eigen ist, wenn sie hier recht und schlecht erzählt werden — so werden die „Theater-Erinnerungen“ für jeden Freunde unserer Bühne und für jeden, den die Entwicklung des Theaters im Allgemeinen interessirt, eine angenehme, ja genügsame Lektüre sein.

Trotz der Beschränkung auf die Breslauer Bühne werden hier und da Dinge verübt, die auch ein literargeschichtliches Interesse haben. So spricht Kurnik bei Erwähnung einer Aufführung von „Zopf und Schwert“ über den so vielfach falsch beurtheilten Charakter Karl Guskow's. Guskow hatte vor Kurzem seine erste Frau verloren und suchte gebrochenen Herzens einen stillen Aufenthalt im schlesischen Gebirge auf. Er befand sich nun auf seiner Durchreise zufällig in Breslau, als sein Stück „Zopf und Schwert“, welches hier außerordentlichen Beifall gefunden hatte, aufgeführt wurde. Kurnik erneuerte nun hier seine schon aus früherer Zeit stammende Bekanntschaft mit dem Dichter, trat ihm näher und blieb noch lange mit ihm in engerer Beziehung. Man hat Guskow — so urtheilt Kurnik über ihn — Mangel an Gemüth und krausen Egoismus um Vorwurf gemacht. Ich habe das Glück gehabt, über dreißig Jahre mit ihm in Verkehr zu sein und ihn stets als einen treuen, anhänglichen Freund gefunden als einen Menschen von Herz und Gemüth. Er behandelte mich, der ich nicht würdig war, seine Schwärmereien zu lösen, mit einer familiären Kollegialität, die etwas Beschämendes hatte. Ich durfte ihm allerlei schriftstellerische Versuche zur Prüfung zuführen und erhielt stets und ohne jeden Verzug die eingehendsten und freundlichsten Ratschläge von ihm. Guskow war, als ich ihn in Dresden zum ersten Male sah, allerdings kaum erst 40 Jahre alt, und die harten Schläge des Lebens hatten ihn noch nicht so tief verwittert, wie dies später der Fall war. Ein tiefer stiller Ernst lag aber schon damals auf seiner hohen Stirn, und man gewann schnell die Überzeugung, einen tief gereiften Mann vor sich zu haben. Ein flüchtiger Beurtheiler konnte ihn für unfreundlich und scharf halten. Aber er war es ganz und gar nicht, nur war er ebenso wenig höfisch.

Als besonders anziehend und von allgemeinem Interesse bezeichneten wir noch die Kapitel über Emil Drevireit, Theodor Döring, Bogumił Dawison, über die Rachel, über Gustave Roger, dem der Verfasser zwei ganze Kapitel widmet, über Adelaida Ristori, Franz Liszt und zum Schluß über die Meiningen.

Wir können uns nicht enthalten, als eine Probe der vielen Anecdoten aus dem Theaterleben folgende kleine Erzählung von Richard Wagner wiederzugeben. Der gefeierte Komponist war auf Einladung des Orchestervereins nach der schlesischen Hauptstadt gekommen, um eines der Konzerte zu leiten, und der Abend gestaltete sich zu einer außergewöhnlichen Solennität mit stürmischen Ovationen aller Art. Nach Schluss des Konzerts ersuchte Wagner den Kapellmeister des Theaters, Seidelmann, die angesehensten Musiker Breslaus in seinem Namen für den Tag nach dem Konzerte zu einem Diner in's Hotel einzuladen und ihm vorher Namen und Zahl der Gäste mitzutheilen. Als sich Seidelmann aber behufs dessen am nächsten Tage im Hotel einfand, war Wagner ohne jede weitere Benachrichtigung bereits abgereist. So erzählte Seidelmann und setzte lächelnd hinzu: er ist eben ein Meister in allen Dingen.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 5. Januar. Laut berichtigter Meldung ist nicht Fürst Gortschakow, sondern Fürst Ussupow gestern nach Petersburg hier durchgereist.

München, 5. Januar. [Abgeordnetenkammer.] Das Konkubinatsgesetz wurde heute in zweiter Lesung, wesentlich umgestaltet durch den Antrag Luthardt's, daß Einschreitung befußt Bestrafung auf Antrag der Polizei erfolgen solle, nach langer Debatte mit 81 gegen 53 Stimmen angenommen.

München, 5. Januar. In Betreff der Ausschließung des klerikalen Abgeordneten Bucher aus seiner Fraktion wird mittheilt, daß demselben vom Vorstande der Fraktion der Rechten eine schriftliche Mittheilung zugegangen sei, wonach er durch Fraktionsbeschluß wegen eigenmächtigen, mit den Grundsätzen der Fraktion unvereinbaren Vorgehens aus ihrem Verbande ausgeschlossen werde.

Wien, 5. Januar. Der Statthalter von Dalmatien FML Jovanovic, reist erst übermorgen nach der Bocche von Kattaro ab.

Paris, 5. Januar. Anlässlich des jüngsten Artikels der "Times" heben die Journale hervor, daß keineswegs die Rede sei von einer militärischen, englisch-französischen Intervention in Egypten. — Die Unterzeichnung des französisch-schweizerischen Handelsvertrages steht, wie verlautet, unmittelbar bevor. — Ein Brief des von Rom zurückgekehrten Kardinals Bonnechose, Erzbischofs von Rouen, giebt eine Schilderung der Lage des Papstes und sagt, es sei offenbar, daß der Papst in seiner gegenwärtigen Lage nicht verbleiben könne. Kardinal Bonnechose fordert die Italiener auf, die Situation selber zu regeln und zu wählen zwischen der Hauptstadt oder der Neberlassung Roms an den Papst, um der Abreise desselben vorzubeugen.

London, 4. Januar. Bei der in Carmarthen stattgehabten Ersatzwahl zum Unterhause an Stelle des zum Richter ernannten Deputirten Williams (liberal) wurde der Kandidat der liberalen Partei, Jenkins, ohne Opposition gewählt.

London, 5. Januar. Dem "Neuter'schen Bureau" wird aus Kairo vom heutigen Tage gemeldet: Die Ernennung Arabi Bey zum Unterstaatssekretär des Krieges wird als ein Abschluß des bekannten militärischen Zwischenfalls betrachtet, nachdem der Kriegsminister im Ministerrathe die Erklärung abgegeben hat, daß seitens der Armee keine andere Frage aufgeworfen werden würde.

Konstantinopel, 5. Januar. Auf Ersuchen des kreischen Nationalversammlung hat der Sultan eingewilligt, die Hälfte der Zolleinnahmen Kretas der dortigen Regierung zur Deckung des Defizits des Kreischen Budgets zu überlassen.

Kairo, 5. Januar. Der von der "Times" veröffentlichte Brief Arabi Bey's, in welchem eine Darlegung des Programms der egyptischen Nationalpartei gegeben wurde, wird offiziell für apokryph erklärt.

Washington, 5. Januar. Die Direktoren des Nationalrath für öffentliche Gesundheitspflege und den Dienst in den Postämtern hatten eine Kreditauftrag mit dem Präsidenten Arthur bezüglich der in den Städten des Westens ausgebrochenen Pocken-Epidemie. Dieselben forderten den unverfüglichen Erlaß von gesetzlichen Maßregeln, um der Weiterverbreitung derselben Einhalt zu thun und drohten die obligatorische Impfung aller Auswanderer bei ihrer Ankunft im Lande in Vorschlag. Der Präsident erklärte, daß er jedenfalls die Freige in einer Spezialbotschaft dem Kongress vorlegen werde.

Plymouth, 5. Januar. Der Hamburger Postdampfer "Bandalia" ist hier eingetroffen.

Berlin, 5. Januar. Bei der heutigen Stadtverordneten-Vorsteherwahl wurde Straßmann mit 95 gegen 18 Stimmen wiedergewählt; zum Stellvertreter wurde Büchtemann mit 83 gegen 29 Stimmen gewählt. Beide nahmen an.

Verantwortlicher Redakteur: F. Bauer in Bozen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 5. Januar, 8 Uhr Morgens.

Dort.	Barom. a. 0 Uhr. nachd. Meeresspiegel reduz. in mm.	Wind. SSW	Wetter. Regen	Temp. 11
Mullaghmore	746	SSW	7 Regen	11
Aberdeen	739	SSW	3 bedeckt ¹⁾	6
Christiansund	743	SW	5 halb bedeckt	4
Ropenbagen	759	SW	2 Dunst	2
Stockholm	755	SW	2 wolkenlos	-4
Haparanda	740	SW	2 wolkenlos	-6
Petersburg	—	—	—	—
Moskau	—	—	—	—
Cork, Queenst.	753	WSW	4 wolfig ²⁾	11
Brest	762	WNW	4 Regen	11
Helder	757	S	4 Regen	4
Sult	758	SSW	5 Dunst	3
Hamburg	762	S	2 wolfig	—
Swinemünde	763	WSW	1 bedeckt	3
Neufahrwasser	763	NW	2 bedeckt ³⁾	3
Memel	760	WNW	2 bedeckt ⁴⁾	3
Paris	765	S	2 bedeckt	1
Münster	762	S	4 bedeckt	2
Karlsruhe	766	SW	1 halb bedeckt	1
Wiesbaden	765	NW	2 bedeckt	-0
München	766	still	Nebel	1
Leipzig	766	S	1 wolkenlos ⁵⁾	-1
Berlin	764	SW	2 bedeckt ⁶⁾	3
Wien	766	still	Schnee	0
Prag	765	W	2 bedeckt ⁷⁾	2
Neapel	767	S	4 bedeckt	9
Roma	759	N	3 bedeckt	7
Triest	763	O	2 Regen	9

¹⁾ Seegang leicht. ²⁾ Seegang mäßig. ³⁾ Nachmittags, Nachts Regen. ⁴⁾ Abends Regen. ⁵⁾ Reit, dunstig. ⁶⁾ Vormittags Regen. ⁷⁾ Neblig.

Skala für die Windstärke:
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = färmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Nummerung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Eine tiefe Depression, welche gestern Nachmittag in Westbritannien bereits angekündigt war, liegt nördlich von Schottland und scheint ostwärts fortzuwischen, warmes, trübes Wetter mit Niederschlägen und austrocknenden südwestlichen Winden zunächst für das nördliche Deutschland wahrscheinlich machend. Über Zentral-Europa ist die Witterung noch allenfalls ruhig, vielfach neblig und stellenweise heiter. Die Niederschläge haben nachgelassen, nur an der südlichen Nordsee herrscht unter Einfluß der oben erwähnten Depression Regenwetter. Über West-Zentral-Europa ist Abkühlung eingetreten, dagegen über den britischen Inseln erhebliche Erwärmung.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
5. Nachm.	756,3	W schwach	bedeckt	+ 4,2
5. Abends.	753,4	SW mäßig	trübe	+ 1,9
6. Morgs.	750,5	W schwach	bedeckt	+ 3,7
Am 5. Wärme-Maximum + 6,5 Cels.	=	=	=	=
Am 5. Wärme-Minimum + 0,4	=	=	=	=

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 5. Januar Morgens 1,08 Meter.
= 5. Mittags 1,16 =
= 6. Morgens 1,16 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 5. Januar (Schluß-Course.) Matt.
Lond. Wechsel 20,45, Pariser do. 80,81. Wiener do. 171,25, R.-M. Si.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 103½ R.-M. Br.-Anth. 128 Reichsanl. 101½. Reichsbank 150. Darmstb. 164½ Weininger B 101½. Ostf.-ung. Bl. 721,50. Kreditaktien 307½ Silberrente 67½. Papierrente 6½ Goldrente 80½ Ung. Goldrente 76½ 1860er Loos 125. 1864er Loos 326,00 Ung. Staatsl. 230,50 do. Ostb.-Obl. II. 95½ Böhm. Westbahn 281½ Elisabethb. — Nordwestbahn 197½ Galizier 266. — Franzosen 280½ Lombarden 126½ Italiener 89½ 1877er Russen 89 1880er Russen 72½ II. Orientali. 59. Bentr.-Pacific 112½ Diskonto-Kommandit — III. Orientali. 58½ Wiener Bankverein 122½ ungari. Papierrente — Buschkebrader — Junge Dresdner —

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 306½ Franzosen 279½ Galizier 265½ Lombarden 126 II. Orientali. — III. Orientali. — öster. Goldrente —

Wien, 5. Januar. Ungari. Kreditaktien 345,25 österr. Kreditaktien 348,60 Franzosen 325,00 Lombarden 147,00 Galizier 318,50 Anglo-Austr. — Elbthal 254,75 österr. Papierrente 77,30 do. Goldrente 94,20 ungar. Papierrente — 4 prozent. ungar. Goldrente 89,10 Marknot. 58,35 Napoleon 9,42½ Bankverein 138,10 Nordwestbahn 23,50. Rubig.

Wien, 5. Januar. (Schluß-Course.) Schwankend. Spekulationspapiere und ungarische Renten schwächer, Bahnen fest, Montanpapiere höher.

Papierrente 77,32½ Silberrente 78,40. Österreich. Goldrente 94,25. Ungarische Goldrente 119,40 1854er Loos 122,20 1860er Loos 132,70 1864er Loos 172,50 Kreditloose 177,20 Ungar. Prämien 1,2 70 Kreditaktien 348,70 Franzosen 324,75 Lombarden 147,00 Galizier 308,50 Kasch.-Oderb. 148,70 Pardubitzer 164,00 Nordwestbahn 230,70 Elisabethbahn 217,50 Nordbahn 259,50 Österreich. Bank — Türk. Loos — Unionbank 142,70 Analog-Austr. 147,50 Wiener Bankverein 138,30 Ungar. Kredit 345,25 Deutsche Plätze 58,35 Londoner Wechsel 119,20 Pariser do. 47,25. Amsterdamer do. 98,40 Napoleon 9,43 Dukaten 5,60 Silber 100,00 Marknoten 58,35 Russische Banknoten 1,23½ Lemburg-Gernowis — Kronpr.-Rudolf 175,50 Franz-Josef — Dux-Bodenbach — Böhm. Westbahn 325,00.

4 prozent. ungar. Bodenfredit-Bündnisse — Elbthal 254,50 ungarische Papierrente 89,55 ungar. Goldrente 89,20 Buschkebrader B. — Ung. Präm. — Eskompte —

Wien, 5. Januar. (Abendbörse.) Ungar. Kreditaktien 342,50 österr. Kreditaktien 345,00 Franzosen 324,00 Lombarden 146,00 Galizier 307,00 Anglo-Austr. — öst. Papierrente 77,20 do. Goldrente 94,10 Marknoten 58,35 Napoleon 9,43 Bankverein — Elbthal 252,50 ungar. Papierrente 89,40 4 prozent. ungar. Goldrente 88,90 ungar. Goldrente 119,50 Nordwestbahn 228,75 Matt. Wochenausweis der österr. Südbahn vom 24. bis zum 31. Dezember 683,801 fl. Mehreinnahme 79,206 fl.

Paris, 5. Januar. Boulevard-Borse. 3 prozent. Rente 84,45. Anleihe von 1872 114,50. Italiener 90,50 österr. Goldrente 80½ Türke 14,40. Lürtenthalo — Spanier inter. — do. exter. — ungar. Goldrente 104½ Egypter — 3 prozent. Rente — 1877er Russen 93½ Franzosen 715,00 Lombarden — Matt.

Paris, 5. Januar. (Schluß-Course.) Matt.

3 prozent. amortisirb. Rente 84,00 3 prozent. Rente 84,05. Anleihe de 1872 114,37½ Italien. 5 prozent. Rente 89,90 Österreich. Goldrente 80½ Eurozent. ungar. Goldrente 104 4 prozent. ungar. Goldrente 78,5 prozent. Russen de 1877 93 Franzosen 708,75 Lombardische Eisenbahn-Aktien 312,50 Lomb. Prioritäten 275,00. Türken de 1865 14,22½. Türkenthalo 62,50 III. Orientanleihe 59½.

Credit mobilier 740,00 Spanier exter. 29½ do. inter. — Suezenland-Aktien — Banque ottomane 887,00 Union gen. 3020,00 Credit foncier 1760,00 Cäptier 353,00 Banque de Paris 1290,00 Banque d'escampe 880,00 Banque hypothécaire — Londoner Wechsel 25,20 5 prozent. Rumänische Anleihe —

Florenz, 5. Januar. 5pct. Italien. Rente 90,95 Gold 20,45.

London, 5. Januar. Matt. Coniols 100½ Stal. 5prozent. Rente 87½ Lombard. 12½ 3prozent. Lombarden alte 11,00 3prozent. do. neue 11½ 5prozent. Russen de 1871 86½ 5prozent. Russen de 1872 86 5prozent. Russen de 1873 85½ 5prozent. Türken de 1865 14,3 prozent. fundierte Amerikaner 105½ Österreich. Silberrente 66 do. Papierrente — Ungarische Goldrente 74½ Österreich. Goldrente 79½ Spanier 29½ Egypter 70½ 4 prozent. preuß. Coniols 98½ 4 prozent. bar. Anleihe —

Wechselnotrungen: Deutsche Plätze 20,70 Wien 12,06 Paris 25,57 Petersburg 24½ Platibiscont 4½ p.C.

Newyork, 4. Januar. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94½. Wechsel auf London 4,79½ Wechsel auf Paris 5,24½ 3 prozent. fundierte Anleihe 102,4 prozent. fundierte Anleihe von 1877 117½ Erie-Bahn 40, Zentro-Pacific 113, Remont Centralbahn 130½ Chicago-Eisenbahn 137½ Cable Transfers 4,84½.

Geld steif für Regierungssicherheiten 4 Prozent, für andere Sicherheiten 6 Prozent, bis 6 Prozent und 1% per diem, 3. Schl. 6 Prozent.

Produkten-Kurse.

Bremen, 5. Januar. Petroleum (Schlußbericht) fest. Standard white loco 7,05 bez. pr. Januar 7,15 bez. per März 7,25 bezahlt,

per April 7,40 Br., per Mai 7,40 Br., pr. August-Dezember zu 8,0 Räuber.

Köln, 5. Januar. (Getreidemarkt.) Weizen biesiger loco 24,00 fremder loco 23,25 pr. März 23,20 per Mai 23,05 per Juni — Roggen loco 21,00 pr. März 17,15 per Mai 16,85 Hafer loco 17,00 Rüböl loco 30,70 pr. Mai 29,80 per Oktober 29,20.

